

# Vorläufig Aufgenommene bekommen schneller Stipendien

**Besserer Zugang zu Ausbildungsbeiträgen** Der Kantonsrat schafft die 5-Jahres-Wartefrist für vorläufig Aufgenommene ab, wenn sie Stipendien beziehen wollen. Die Bürgerlichen sprechen von Missbrauch.

Daniel Schneeblei

Wann sollen vorläufig Aufgenommene Anrecht auf Stipendien haben? Heute müssen Personen, deren Asylgesuch abgelehnt worden ist, die aber nicht zurückgeschickt werden können, fünf Jahre warten. Gestern debattierte der Kantonsrat darüber, ob sie neu schon von Anfang an Ausbildungsbeiträge erhalten können.

Speziell die SVP nutzte die Gelegenheit für eine Ausländerdebatte. Paul von Euw (Bauma) sprach von grosser Orientierungslosigkeit in der Politik: «Wir lehnen die Asylanträge von Migrantinnen und Migranten ab, lassen sie aber schon am ersten Tag nach der Ablehnung an den Stipendientopf.» Dies stört von Euw vor allem bei «kriminellen Ausländerinnen und Ausländern». Er sprach von falschen Anreizen und einer erweiterten Willkommenskultur. René Isler (SVP, Winterthur) erinnerte daran, dass das Volk das Asylgesetz in den vergangenen Jahren zweimal verschärft habe.

**Linke bezeichnet SVP als «zynisch»**

Unterstützung bekam die SVP von den Freisinnigen. Marc Bourgeois (Zürich) sprach von Missbrauch des Stipendiensystems. Vorläufig Aufgenommene sollten seiner Meinung nach so rasch wie möglich ausreisen und nicht so rasch wie möglich integriert werden: «Diese Personen sind bei uns nur geduldet.»

Ganz anders die Linke. Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich) hatte



Asylsuchende im Empfangszentrum: Auch wenn ihre Anträge abgelehnt sind, haben sie Anrecht aus Stipendien. Archivfoto: Reto Oeschger

mit einer parlamentarischen Initiative die Aufhebung der geltenden Wartefrist beantragt. «Die Wartefrist ist weder sozial noch ökonomisch sinnvoll», sagte Qëndresa Sadriu-Hoxha (SP, Opfikon). Sie erinnerte daran,

dass 90 Prozent der vorläufig Aufgenommenen dauerhaft in der Schweiz bleiben, weil sie nicht in ihre Herkunftsländer zurückreisen können – etwa aus gesundheitlichen Gründen oder weil dort Krieg herrscht.

Für Sybille Marti (SP, Zürich) ist die Bezeichnung «vorläufig Aufgenommene» unglücklich gewählt. Denn nicht nur die SP, sondern auch der Bund wolle diese Migrantinnen und Migranten so rasch wie möglich

integrieren. Die Haltung der SVP nannte sie zynisch: «Einerseits werfen sie diesen Menschen mangelnde Integration vor und andererseits verwehren sie ihnen die Möglichkeit, sich zu integrieren, das ist Mist.»

Andere argumentierten finanziell: Vorläufig Aufgenommene würden schneller aus der Sozialhilfe gelöst, wenn sie schneller Stipendien beziehen könnten. Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) setzte die Wartefrist mit einem 5-jährigen Bildungsverbot gleich.

Die Grünliberalen schlugen sich ebenfalls auf die Seite der Linken. «Das ist gut investiertes Geld», sagte Urs Glättli (Winterthur): «Wir sollten das Potenzial dieser Personengruppe besser ausschöpfen.» Auch die Mitte stimmte der Initiative zu, allerdings nur, weil sich die Initiative bereit erklärt hatte, ukrainische Kriegsflüchtlinge mit dem Schutzstatus S nicht unter die neuen Stipendienberechtigten fallen zu lassen.

**Mehrkosten von 4 Millionen Franken**

Keinen Widerstand gab es aus dem Regierungsrat. Die Abschaffung der Wartefrist sei rechtlich möglich und mit dem Asylgesetz vereinbar, sagte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte). Gegenwärtig beziehen knapp 300 vorläufig Aufgenommene Stipendien. Wenn noch jene dazukommen, die weniger als fünf Jahre hier sind, rechnet Steiner mit Mehrkosten von 3 bis 4 Millionen Franken.

Schliesslich stimmte der Kantonsrat der abgeänderten Initiative mit 93:75 Stimmen zu. Jetzt wird der genaue Gesetztext formuliert, bevor sie im Kantonsrat definitiv verabschiedet wird.

## Frau tot aufgefunden – Polizei verhaftet Verdächtigen

**Wädenswil** Ein Grossaufgebot der Polizei ist gestern ausgerückt und stiess in einer Wohnung auf eine leblose Frau.

In Wädenswil ist es gestern zu einem Grosseinsatz der Polizei gekommen. Wie die Kantonspolizei am Abend mitteilte, hat sie am Vormittag in einer Wohnung eine Frau tot aufgefunden. Noch in der Wohnung habe sie einen 25-jährigen Schweizer verhaftet.

Die genauen Umstände, die zum Tod geführt haben, sind noch unklar. Die Kantonspolizei beantwortet derzeit aus ermittlungstaktischen Gründen keine weiteren Fragen.

Gemäss der Medienmitteilung ist die Polizei kurz nach 9 Uhr verständigt worden, weil sich Bekannte Sorgen um eine 56-jährige Frau gemacht hätten, die sie seit längerer Zeit nicht mehr gesehen hatten. Bei der Kontrolle der Wohnung trafen die ausgerückten Polizisten dann auf die leblose Frau, die offenbar Verletzungen aufwies. Der Vorfall hat sich an der Neudorfstrasse an der Grenze zum Ortsteil Au ereignet.

Dort war den ganzen Tag lang eine mobile Einsatzzentrale vor Ort. Gemäss einer Anwohnerin herrschte insbesondere am frühen Nachmittag reger Be-



In Wädenswil ist gestern die mobile Einsatzzentrale der Kantonspolizei vorgefahren. Foto: Manuela Matt

trieb. Ein weiterer Anwohner erzählt, er habe am Morgen gesehen, wie drei Polizisten in einer Liegenschaft gegangen seien und Handschuhe überge-

streift hätten. «Das war ein ungutes Gefühl. Man fragte sich natürlich sogleich, ob jemand, den man kennt, etwas passiert ist. (miw/lny)

## Leiter der Baugenossenschaft Frohheim fristlos entlassen

**Eklat** Die Zürcher Genossenschaft vermutet «Unregelmässigkeiten». Eine Mietzinserrhöhung wird verschoben.

Bei der Baugenossenschaft Frohheim (BGF) ist es zu einem Eklat gekommen: Der Vorstand hat den langjährigen Geschäftsführer fristlos entlassen. Der bisherige, ebenfalls langjährige Vorstandspräsident ist am Samstag zurückgetreten.

Dies geht aus einem Schreiben hervor, das gestern in verschiedenen BGF-Siedlungen vorliegt und das dieser Redaktion vorliegt. Das Onlinemedium «Inside Paradeplatz» berichtete zuerst darüber. Von dieser Zeitung angefragte Genossenschaftler bestätigten die Echtheit des Schreibens. Der neue Interimspräsident der Genossenschaft war bereits Vorstandsmitglied. Für diese Redaktion war er bislang nicht erreichbar. Die Stellvertreterin des entlassenen Geschäftsführers übernimmt vorerst die operative Leitung.

**Bis zu 30 Prozent höhere Mieten**

Laut dem ausgehängten Schreiben werden dem Geschäftsführer «finanzielle Unregelmässigkeiten» vorgeworfen. Es gelte die

Unschuldsvormutung, heisst es weiter.

Die Genossenschaft Frohheim war in den letzten Wochen in die Schlagzeilen geraten, weil sie die Mieten in einer ihrer Siedlungen in Uster um 30 Prozent erhöhen will. Auch in anderen der insgesamt 16 BGF-Siedlungen steigen die Mieten stärker als bei den meisten Zürcher Genossenschaften. Zahlreiche Betroffene hätten die Erhöhung bei der Stadt Zürich angefochten, erzählen

angefragte Genossenschaftlerinnen. Manche würden befürchten, ihre Miete deswegen nicht mehr bezahlen zu können.

Wegen der personellen Turbulenzen hat der Vorstand beschlossen, die umstrittenen Mietzinserrhöhungen vom 1. April dieses Jahres auf den 1. Oktober zu verschieben. In den nächsten Wochen wären Informationsveranstaltungen dazu angestanden. Diese fallen gemäss dem Schreiben vorerst aus.

Der Anstieg der Mieten stehe aber in keinem Zusammenhang mit den vermuteten Unregelmässigkeiten, heisst es im Schreiben. Auch die finanzielle Situation der BGF sei weiterhin «sehr gut», schreibt der Vorstand. Der Schaden durch die Unregelmässigkeiten stelle keine Bedrohung dar. Die Verschiebung der Mietzinserrhöhungen lasse sich finanziell vertreten.

Um die Sachlage zu klären, lässt der Vorstand die Vorgänge aufarbeiten, dazu sei ein Rechtsanwalt beauftragt worden.

**Um die Sachlage zu klären, lässt der Vorstand die Vorgänge aufarbeiten.**

Beat Metzler